



Oekumenische Arbeitsgemeinschaft Kirche und Umwelt OeKU

Communauté Oecuménique de Travail Église et Environnement COTE

Comunità Ecumenica di Lavoro la Chiesa e l'Ambiente CECA

Embargo: 5. Juli 2001, 11.00h

Medienmitteilung

Globaler Klimaschutz jetzt!

Übergabe der Petition von 40 schweizerischen
Kirchen, Umwelt- und
Entwicklungsorganisationen zur Fortsetzung
der internationalen Klimaverhandlungen

Pressekonferenz vom Do., 5. Juli 2001,
Politforum Käfigturm Bern, 10.15–11.15h

Klimaschutz-Petition an den Bundesrat eingereicht

Bern, Donnerstag, 5. Juli 2001. – Über 40 schweizerische Organisationen haben sich in einer gemeinsamen Petition für weitsichtige Entscheide in der Klimapolitik ausgesprochen. Bei der heutigen Übergabe forderte die Klima-Koalition den Bundesrat dazu auf, den Klimaschutz in der Schweiz aktiv voranzubringen und auf internationaler Ebene eine konsequente Klimapolitik zu unterstützen.

Auch wenn Präsident Bush das Kyoto-Protokoll für unrealistisch hält: Menschen im Süden und im Norden spüren die Folgen des Klimawandels. In den Industrieländern, die mit ihrem verschwenderischen Energiekonsum den Treibhauseffekt hauptsächlich zu verantworten haben, rechnen Experten ebenso vermehrt mit Überschwemmungen, Stürmen, Erdbeben und Dürreperioden.

Der Umweltphysiker Dr. Fortunat Joos beteiligt sich seit über zehn Jahren an der Klimaforschung der Universität Bern. Aus seiner wissenschaftlichen Sicht sind wir einer weiteren Klimaerwärmung nicht hilflos ausgeliefert: "Mit den heutigen technischen und ökonomischen Mitteln ist eine Absenkung der globalen CO₂-Emissionen unter den Wert von 1990 innerhalb der nächsten 20 Jahre möglich." Für viele

der Massnahmen wären die eingesparten Kosten durch verminderten Energieverbrauch sogar grösser als die direkten Kosten der Massnahmen. "Es braucht nur den überzeugten Willen für klimapolitische Veränderungen", meinte Joos an der heutigen Medienkonferenz in Bern.

Das Ausmass zukünftiger Klimaveränderungen sei unmittelbar abhängig von den richtigen politischen Entscheidungen, meinte auch Rosmarie Bär, Koordinatorin für Entwicklungspolitik bei der Arbeitsgemeinschaft der Schweizer Hilfswerke. Solche sind von den internationalen Klimaverhandlungen verlangt, die vom 18.–27. Juli 2001 in Bonn weitergeführt werden. "Wir erwarten, dass die Schweizer Delegation in Bonn zu keinen faulen Kompromissen Hand bietet", fuhr Bär fort. "Die bisher vertretene Position verträgt keine Abschwächung. Die Schweiz darf nicht zur Handlangerin einer ruinösen Klimapolitik werden."

Breite Koalition für nachhaltige Entwicklung

Die Petition der 40 Entwicklungsorganisationen, Kirchen, Gewerkschaften, Verkehrs- und Umweltverbände kam auf eine Initiative der Oekumenischen Arbeitsgemeinschaft Kirche und Umwelt (OeKU) zustande. Die OeKU reichte bereits vor vier Jahren eine Petition mit 66'000 Unterschriften zur Senkung der CO₂-Emissionen auf maximal zwei Tonnen pro Kopf und Jahr ein. "Die damalige Koalition hat sich erneut zusammengefunden, um die Durchsetzung wirksamer Massnahmen zugunsten des Klimaschutzes zu fordern", erklärte Kurt Zaugg-Ott, Stellenleiter der OeKU. "Wir begrüssen die bisherige Schweizer Position an den internationalen Verhandlungen und erwarten, dass sie beibehalten wird. Innenpolitisch ist jedoch mehr möglich und notwendig. Der Bundesrat hat die moralische Verantwortung, offensiver aufzutreten und mit aktiver Überzeugungsarbeit dafür sorgen, dass die Akzeptanz für den Klimaschutz wächst", so Zaugg weiter.

Der Leiter der Abteilung Klima und Energie beim WWF Schweiz, Marcel Odermatt, sieht durch die Klimaerwärmung die Biodiversität in den natürlichen Lebensräumen in Gefahr. Am Beispiel der 320 Fidschi-Inseln zeigte er auf, wie wertvolle Lebensräume durch die rasante Klimaerwärmung massiv bedroht und in ihrem Kern gefährdet sind. Der WWF setze deshalb auf klare Schwerpunkte in der schweizerischen Klimapolitik: Ökologisierung des Steuersystems, "Begrünung" des Strommarkts und eine Verkehrswende stehen dabei gemäss Odermatt im Vordergrund.

Auch für Christian Kissling, Sekretär der Schweizerischen Nationalkommission *Justitia et Pax*, ist die Zeit zu knapp für gemütliches Tändeln und schlecht-eidgenössisches Taktieren: "Der Bewahrung der Schöpfung kommt derselbe ethische Stellenwert zu wie der Gerechtigkeit und dem Frieden. Deshalb wird *Justitia et Pax* weiterhin im Namen und mit Unterstützung der Schweizer Bischofskonferenz jede Vorlage begrüssen, die die nachhaltige Entwicklung unseres Landes und der Welt fördert."

Globale Klimaverpflichtungen sind Hausaufgaben

Christoph Stückelberger, Zentralsekretär von Brot für alle, erinnerte daran, dass die Hauptverursacher der Klimaveränderung vor bald zehn Jahren am Erdgipfel von Rio gestützt auf das Verursacherprinzip die Verantwortung für einen globalen Kurswechsel in Richtung nachhaltige Entwicklung übernommen hätten. "Solange die Industrieländer nicht bereit sind, ihren Energiekonsum an fossilen Brennstoffen zu senken, kann von den Entwicklungsländern nicht verlangt werden, verantwortliche Aktionen zur Stabilisierung ihrer Emissionen zu unternehmen", führte Stückelberger aus.

Die Beschlüsse von Rio sind Hausaufgaben für die einzelnen Nationalstaaten. Was international ausgehandelt und unterschrieben worden ist, muss nun national umgesetzt werden: Globale Klimapolitik besteht aus der Summe der aktiven Politik jedes einzelnen Landes. Die Initianten erinnerten den Bundesrat in der Petition an seine eigenen Richtlinien und boten zudem an, durch das eigene Alltagsverhalten einen Beitrag zur Senkung des Energiekonsums und den Ausstoss von Treibhausgasen zu leisten.

Für weitere Auskünfte:

Kurt Aufderreggen, OeKU, PF 7449, 3001 Bern, T 031 398 23 45, oeku@kirchen.ch